

Gerd Koenen

Der „rote Oktober“ 1917 und das Jahrhundert des Kommunismus

Die Geschichte des modernen „Kommunismus“, das heißt: der von kommunistischen Parteien begründeten Staats- und Gesellschaftsformationen seit 1917, steckt voller präzedenzloser, „unwahrscheinlicher“ und jedenfalls hoch interpretationsbedürftiger Ereignisse und Phänomene – die den Verlauf des 20. Jahrhunderts entscheidend bestimmt haben, aber auch unsere Gegenwart unverändert prägen.

Der große Umbruch von 1989 war sicherlich ein Schlüsselereignis der neueren Geschichte – aber keines, das das „Ende der Geschichte“ (im Sinne des gleichnamigen Buches von Francis Fukuyama¹) als des Übergangs in eine Weltordnung markiert hätte, die nach mehr oder weniger gleichen liberal-demokratischen Regeln funktioniert. Fast im Gegenteil: Wir sind in ein Zeitalter neuer, komplexerer, virulenterer Mächtesspiele, Systemkonflikte, Religionskriege und Kulturkämpfe eingetreten, denen gegenüber die Zeiten des „Kalten Krieges“ manchen schon fast idyllisch erscheinen.

Sehr zu Unrecht allerdings, denn die vierzig Jahren nach 1945 waren eine der blutigsten Perioden der menschlichen Geschichte, voller „heißer“ Kriege und Bürgerkriege, die bis an den Rand eines Atomkriegs führen konnten. Inmitten dessen dehnte sich das „sozialistische Weltlager“ über drei Jahrzehnte hinweg immer noch weiter aus, trotz aller internen Krisen und Erschütterungen, bis es 1979/80 mit rund 22 von Kommunisten geführten „Volksrepubliken“ auf allen Kontinenten seinen Zenit erreichte und rund ein Drittel der Menschheit umfasste.

Umso unerwarteter war, auch für professionelle Beobachter und Auguren, was kaum zehn Jahre später passierte. Man kann das kaum überzeichnen: So wie die Sowjetunion ist noch keine Weltmacht der Geschichte abgetreten. Dabei ist dieses Mega-Staatswesen weder von außen besiegt noch von innen gestürzt oder unterminiert worden, im Gegenteil, der Kollaps kam nach einer kurzen Phase der Entspannung und Abrüstung, im Augenblick des vielleicht tiefsten Friedens, den Europa und die Welt im ganzen 20. Jahrhundert gekannt haben. Mit den Wahlen in Polen und dem Fall der Berliner Mauer im Sommer und Herbst 1989 stürzte der um Moskau gescharte politisch-militärische Block wie eine Kette von Dominosteinen in sich zusammen, und nach einem letzten Putschversuch im August 1991 auch die UdSSR selbst, die eben noch ungeachtet ihrer schwachen sozial-ökonomischen Basis als die zweite „Supermacht“ gegolten hatte.

Aber genau im selben historischen Moment startete die Volksrepublik China unter der Ägide des greisen Deng Xiaoping und der Kommunistischen Partei Chinas eine völlig neue Karriere. Sie tat das mit den Mitteln einer kühnen, fast totalen Ausrichtung auf den kapitalistischen Weltmarkt, ohne die „Kommandohöhen“ von Staat, Wirtschaft und

¹ Francis Fukuyama: *Das Ende der Geschichte*, München 1992.

Gesellschaft im Geringsten aus der Hand zu geben – nachdem es ihr gelungen war, im Juni 1989 die demokratische Studentenbewegung auf dem Tienanmen-Platz sowie die Unruhen im ganzen Land blutig niederzuschlagen. Seither hält der von der Partei durchdrungene Machtapparat alle Äußerungen politischer Dissidenz mit den Mitteln einer fast fugenlosen Diktatur nieder. Auf diese Weise ist China, vor allem auch durch eine fast manisch vorangepeitschte ökonomische Expansion, zur neuen, zweiten Supermacht neben den USA geworden, die sich ihrerseits trotz aller Machtdemonstrationen auf dem Rückzug befinden.

Im Herbst 2017 standen zwei Daten daher unmittelbar nebeneinander: Einerseits das 100-jährige Jubiläum des „Roten Oktober“, des Machtstreichs Lenins und der Partei der Bolschewiki im Oktober/November 1917, ein Ereignis, das noch in der Jubiläumsrede Gorbatschows im Jahr 1987 als ein Wendepunkt der Menschheitsgeschichte gefeiert wurde, während es dem heutigen Russland Vladimir Putins wie eine Gräte im Hals seiner nationalfundamentalistischen Rückerfindungen steckt. Andererseits stand der 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas ins Haus, auf dem der zunehmend autokratisch herrschende neue Parteichef Xi Jinping seine Regierungslosung vom „Chinesischen Traum“ und seine esoterische Theorieformel von den „Vier Umfassenden“ dem bisherigen marxistisch-leninistisch-maoistisch und zugleich auch schon konfuzianisch inspirierten Parteiprogramm einfügte – einem Programm, das mit dem Satz beginnt: „Das höchste Ideal und das endgültige Ziel der Partei ist die Verwirklichung des Kommunismus.“² Bei dieser Gelegenheit gedachte die KP Chinas ihres eigenen „Roten Oktober“: des Einmarschs der „Roten Arbeiter- und Bauernarmee“ Maos in Peking im Oktober 1949 und der Proklamation der Volksrepublik von der Tribüne des Tienanmen, des „Platzes des Himmlischen Friedens“, von der Maos Satz in Erinnerung geblieben ist: „China hat sich endlich wieder erhoben.“

Insbesondere diese alle historischen Kategorien und Parameter sprengende, nach politischen und wirtschaftlichen Kriterien beispiellos erfolgreiche, nach ökologischen, sozialen und psychischen Maßstäben durchaus katastrophische Geschichte der Volksrepublik China, die im Oktober 2019 ihren 70. Jahrestag der Gründung feiert, zwingt dazu, die geläufige Formel vom „Ende des Kommunismus“ mindestens zu relativieren. Schon jetzt stellt das kommunistische China alle konventionellen Weisheiten in Frage, wonach eine sozialökonomische Höherentwicklung mit allen Ingredienzen kapitalistischer Rechnungsführung und Marktwirtschaft sich früher oder später in einem Bedürfnis nach Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, persönlicher Selbstbestimmung und liberaler Selbsttätigkeit geltend machen müssten. Stattdessen wird womöglich das, was man historisch als „Kommunismus“ bezeichnet hat, entgegen allen Erwartungen im heutigen China des absolut herrschenden Großen Vorsitzenden Xi gerade noch einmal neu erfunden – oder jedenfalls re-formatiert.

² Statut der Kommunistischen Partei Chinas sowie Text der auf dem XIX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas am 24. Oktober 2017 beschlossenen Resolution über einen Zusatz zum Statut unter http://www.xinhuanet.com/english/2017-10/24/c_136702726.htm, letzter Zugriff 06.07.2018.

Aber auch das muskulöse politisch-militärische Wiederauftrumpfen Russlands unter der Ägide Vladimir Putins und einer erneuerten, aus der jüngeren sowjetischen Parteielite, vor allem dem KGB und Militär hervorgegangenen „Machtvertikale“, und seine offensiven Versuche, die „geopolitische Katastrophe“ von 1991 nach Möglichkeit zu revidieren, lassen sowohl Brüche wie Kontinuitäten zur alten sowjetischen Weltpolitik erkennen.

Vielleicht, so könnte man rückblickend fragen, hatte der „Kommunismus“ als eine primär von Lenin geprägte politische Kampfbewegung von Anfang an schon viel weniger mit Gemeinwirtschaft in der emphatischen Bedeutung, als dies im europäischen Sozialismus und Marxismus vor 1914 der Fall gewesen war, zu tun, als mit der forcierten Akkumulation und Zentralisierung aller staatlichen, ökonomischen und militärischen Machtmittel in den Händen einer neuen, als Nomenklatura selbst zentralistisch verschweißten politischen Klasse, und statt mit „sozialer Gerechtigkeit“ oder Egalität eher mit beschützender Kollektivität und einem (imaginären) Aufgehobensein in einem großen, starken, unhinterfragbaren Ganzen. Jedenfalls waren die neuen Führer in allen postsowjetischen Republiken zunächst die alten oder kamen aus den bisherigen Partei- und Machtclans – und hatte keine Mühe, fast übergangslos in das Gewand eines „Vaters“ ihrer jeweiligen frisch gebackenen Nation zu schlüpfen, die ihrerseits nun als beschützende Kollektive und das unhinterfragbare Ganze deklariert wurden.

Vielleicht konnte das angesichts des Mangels alternativer Eliten und demokratischer Prozeduren und Institutionen nicht anders sein. Aber das Faktum dieser beträchtlichen soziopolitischen Kontinuität als solche muss – fern aller Konspirationstheorien – erst einmal festgehalten werden und macht den widerstandslosen Übergang der alten Regimes und Nomenklaturen in die neuen Verhältnisse jedenfalls sehr viel plausibler.

Mehr noch: In diesen vergleichsweise reibungslosen und unblutig verlaufenen Transformationen könnte man, problematisch wie es war, durchaus auch einen zivilisatorischen Fortschritt sehen. Eine rundum tröstliche Erkenntnis ist das allerdings nicht. Denn der „postkommunistische Zustand“ ist großteils der einer sozialen Anomie und politischen Apathie, geprägt von einem weltanschaulichen und moralischen Zynismus auf Seiten der Herrschenden wie der Beherrschten, der sich wie das sarkastische Gegenbild der universellen Ideologisierung und Moralisierung von einst ausnimmt.

Das neue Betriebssystem der postkommunistischen Staaten ist – soweit nicht die Europäische Union den Beitrittskandidaten elementare Rechts- und Sozialstandards vorgegeben hat – ein mehr oder weniger mafiös organisierter, von keiner Gewerkschafts- und Sozialbewegung begrenzter, durch keine gesetzlichen Normen oder demokratischen Öffentlichkeiten eingehegter, überwiegend auf den Weltmarkt und auf bare Devisengewinne ausgerichteter, staatsmonopolistischer Kapitalismus. Darin verbindet sich eine neue Oligarchie mit den politischen Funktionsträgern aller Ebenen zu einer „herrschenden Klasse“ zugleich älteren und neueren Typs. Das verrät aber weniger über „den entfesselten Kapitalismus“ von heute, schon gar nicht im Gegensatz zu einem ideellen „Sozialismus“ von einst; sondern es verrät primär etwas über den Grad der Zerstörung aller sozialen Bindungen und Verbindlichkeiten, sicheren Rechtsgrundsätze, etablierten Aushandlungsverfahren usw. nach Jahrzehnten kommunistischer Parteidiktatur. In diesem Sinne ist es ein „postkommunistischer“ Zustand, der diese „frühkapitalistischen“ oder auch „spätkapitalistischen“ Verhältnisse ermöglicht hat.

In Wirklichkeit waren die Grenzen zwischen Staatswirtschaft, Monopolwirtschaft, Kollektivwirtschaft und Privatwirtschaft längst vor 1989 schon schwimmend geworden. Was als eine zentrale Planwirtschaft unter dem Primat politischer Vorgaben daherkam, war im Lauf der Jahrzehnte zu seinem direkten und ironischen Gegenteil geworden: einem naturwüchsig sich selbst fortschreibenden und reproduzierenden Wirtschaftsprozess, der im Wesentlichen den partikularen Interessen seiner lokalen oder betrieblichen Akteure folgte – oder unter der Hand schon zu einer monopolistisch-mafiotisch strukturierten Privatwirtschaft mutierte. Daran konnten die nur scheinbar „neoliberalen“ Privatisierungen der 1990er Jahre, die in Wirklichkeit ganz den Mustern eines sowjetischen Industrie feudalismus folgten, organisch anknüpfen. Die eingeflogenen „Chicago Boys“ mit ihren monetaristischen Ideologien und Politiken waren nur die nützlichen Idioten dieser handstreichartigen Übernahme von Betriebsanlagen, Fuhrparks, Ländereien, Rohstoffquellen usw. für rein symbolische Kaufpreise, mittels inflationierter Währungen und wertloser „Coupons“ für die Bürger, die die Kriegskosten des ganzen Sowjetunternehmens zu tragen hatten.

Dieses, hier knapp skizzierte Bild der Umbrüche und Evolutionen vor und nach 1989 macht es natürlich nur umso fragwürdiger, wie die sieben Jahrzehnte des scheinbar unaufhaltsamen Aufstiegs dieser Union Sozialistischer Sowjetrepubliken sich im historischen Rückblick erklären. Man kann die Geschichte dieses Machtstaats neuen Typs als eine einzige, nicht abreißende Kette von Unwahrscheinlichkeiten und Fehlgedanken, von Illusionen und Katastrophen erzählen – aber gleichzeitig eben auch als eine Geschichte beispielloser Triumphe und historischer Siege, großer emotionaler, intellektueller oder künstlerischer Attraktionen sowie Beweisen existenzieller Opferbereitschaft und einer Hingabe für die „Sache“, die ihresgleichen gesucht haben. Historisch beispiellos war von Anfang an auch das Phänomen einer auf Moskau orientierten „kommunistischen Weltbewegung“, die eine Zeitlang trotz aller Differenzen und Spaltungen als die größte und tiefgreifendste Massenbewegung des 20. Jahrhunderts gelten konnte, bevor sie nach 1989 ähnlich überstürzt und sang- und klanglos die Bühne verließ.

„Unwahrscheinlich“ war schon die Situation im Herbst/Winter 1917, als niemand es für möglich gehalten hätte, dass die extreme Aktionspartei der Bolschewiki die Staatsmacht, die sie in einem kurzen Moment des Patts und der Erschöpfung aller sozialen und politischen Kräfte in den Hauptstädten Russlands an sich gerissen hatte, für mehr als ein paar Wochen oder Monate würde festhalten können. Nicht einmal die Mehrzahl der Führer und Mitglieder der Partei selbst hätte sich das vorstellen können – und scheute immer von neuem vor den Konsequenzen ihres Handelns zurück.

Es ist faszinierend zu sehen, wie Lenin in praktisch jeder einzelnen strategischen Frage und Situation aus der Minderheit heraus agierte – und sich jedes Mal durchsetzte. So schaffte er es in den legendären Oktobertagen, sein widerstrebendes, teilweise meuterndes Zentralkomitee zu überreden bzw. durch die Drohung seines Austritts zu nötigen, das von ihm selbst auf „zwei, drei Tage“ eingegrenzte, winzige „window of opportunity“ eines politisch-militärischen Handstreichs zu nutzen, um den eben zusammen tretenden Allrussischen Sowjetkongress vor vollendete Tatsachen zu stellen. Dasselbe gilt für seinen von vornherein feststehenden Entschluss, die allgemeinen demokratischen Wahlen im November, aus denen seine Partei als eine starke Minderheit, aber

eben eine Minderheit hervorgegangen war, durch das Auseinanderjagen der Verfassungsgebenden Versammlung umgehend zu annullieren und stattdessen eine neue Verfassung für eine Föderative Sowjetrepublik, die er binnen weniger Tage aufs Papier warf, zu oktroyieren – ein Akt blanker Willkür, der alle Verständigungsmöglichkeiten mit den anderen sozialistischen Parteien und Fraktionen, wie das Gros seiner eigenen Genossen sie noch immer für möglich und notwendig hielt, endgültig in den Wind schlug.

Tatsächlich hatte er in einer kühnen theoretischen Improvisation bereits die These aufgestellt, dass es möglich sein könnte, auf Basis der staatlich gelenkten Kriegswirtschaft des alten Regimes auf direktem Weg zu einem diktatorisch exekutierten „Kriegskommunismus“ unter der ausschließlichen Diktatur ihrer Partei und gestützt auf die „Sowjets“ als neue, provisorische Verwaltungsorgane überzugehen.³ Auch das war eine Perspektive, die alle Kategorien eines noch so radikal formulierten Marxismus außer Kraft setzte.

Noch mehr gilt das für die halb konspirative, halb offene Zusammenarbeit mit dem Kriegsgegner, dem deutschen Kaiserreich, die Lenin bereits 1915 eingefädelt hatte und die ihrerseits alle Begriffe einer revolutionären Realpolitik weit überschritt. Der Brester Frieden, den Lenin, auch hier gegen den Widerstand seiner gesamten Partei, durchsetzte, war exakt jener „Separatfrieden“, den die Bolschewiki und Lenin selbst das ganze Jahr 1917 hindurch ausgeschlossen hatten. Aber auch wenn dieser Friedensschluss für ihr Regime keine „Atempause“ brachte, sondern im Gegenteil den Bürgerkrieg erst vollends entfesselte, ging Lenins Strategie am Ende glänzend auf. Nicht Regierung und Generalstab des kaiserlichen Deutschlands, die sich mit der (wie sie glaubten, von ihnen finanzierten und instrumentierten) bolschewistischen Machteroberung für einen Moment noch einmal auf der Siegerstraße wählten, hatten die Bolschewiki beim Projekt einer Dekomposition, Durchdringung und Ausbeutung des Russländischen Vielvölkerreichs als ihre nützlichen Idioten eingesetzt; sondern sie selbst stellten sich am Ende als die nützlichen Idioten des Leninschen Projekts heraus.

Alles in allem bedeutete der bedingungslose Griff nach der exklusiven Staatsmacht für die Bolschewiki den Aufbruch in ein Niemandland der Geschichte, aus dem es allerdings kein Zurück gab und der sich am ehesten vielleicht mit den ebenfalls mehr als „unwahrscheinlichen“ und dennoch siegreichen Invasionen der kleinen Scharen spanischer Conquistadoren mitten ins Herz der unbekannteren indianischen Großreiche Südamerikas vergleichen ließ, für die sie keine Karten besaßen und über die sie fast nichts wussten.

In der Realität war der Leninsche „Kriegskommunismus“ wenig mehr als eine salbungsvolle Umschreibung der bedingungslosen Ausrichtung aller Produktions- und sonstigen Potentiale auf die Erfordernisse eines Bürgerkriegs, den die Bolschewiki offensiv eröffneten und mit allen Mitteln von Konfiskation, Aushungern, Zwangsarbeit, Geiselnahme und Massenterror vorantrieben. Die Resultate ihres Siegs nach drei Bürgerkriegsjahren waren rundum desaströs. Die materielle Produktion war auf einen Bruchteil

³ Diese Position hat Lenin schon im Exil in Umrissen entwickelt und 1917 in einer Vielzahl von Artikeln und Reden verfochten. In ein explizites Programm hat er diese Auffassung jedoch erst im Oktober 1917 – also unmittelbar vor dem Machtstreich – in einer Zeitschrift, später auch als Broschüre verbreiteten Schrift entwickelt. Siehe Wladimir I. Lenin: *Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?*, in: *Lenin Werke* (LW) 26, Berlin 1972, S. 71-113.

der Vorkriegsziffern gefallen, das Land in den primitiven Naturaltausch zurückgefallen. Und es war eine „klassenlose Gesellschaft“ im schlimmsten Sinne geworden. Nicht nur Adel, Klerus und Bürgertum waren im Orkus verschwunden. Auch eine Überschüsse produzierende Bauernschaft gab es kaum noch, so wenig wie regulär arbeitende Handwerker und Händler. Die großen Fabrikzentren waren nach einer Serie großer, „konterrevolutionärer“ Streiks großteils aufgelöst, geplündert und stillgelegt. Und wie Lenin in einer schneidenden Replik auf die parteiinterne „Arbeiteropposition“ 1921 feststellte, gab es in Russland nun auch keine Arbeiterklasse mehr.⁴ Diese unablässig beschworene, „führende Klasse“ verkörperten allein sie selbst, die Bolschewiki, kraft ihres „Klassenbewusstseins“. Die Zahl der Opfer des Bürgerkriegs und der anschließenden Hungersnot überstieg die des Weltkriegs bei weitem. Aber gerade inmitten dieses Chaos konsolidierten die Bolschewiki ihre Macht.

Noch „unwahrscheinlicher“ war die Tatsache, dass es der im Bürgerkrieg mit drakonischer Härte neuformierten Roten Arbeiter- und Bauernarmee gelang, in einer Kette von Feldzügen bis 1922/23 die meisten der abgefallenen, in selbständige Republiken verwandelten Gebiete der Ukraine, des Kaukasus und Zentralasiens zurückzuerobern und das Russische Vielvölkerreich – anders als das untergegangene Habsburger Reich oder das zerfallene Osmanische Reich – wieder in einen zentralisierten Staatsverband zurückzubringen. Damit hatten die Bolschewiki, wie nationalistische Emigranten reuevoll anerkannten, „mit roten Händen die Sache Russlands“ vollbracht: nämlich den Kern des alten Imperiums wiederhergestellt.

Freilich waren sie weit davon entfernt, dieses gewaltsam zusammengeflückte Riesenreich auch wirklich zu beherrschen und zu durchdringen. Noch weniger waren sie in der Lage, die vitale „Anarchie der Kleinproduzenten“, die im Zuge der 1922 hastig eingeführten „Neuen Ökonomischen Politik“ zu einer kräftigen kleinkapitalistischen Erholung geführt hatte, ihrem Kommando zu unterwerfen. Vor allem deshalb rüsteten sie Ende der zwanziger Jahre unter Führung Stalins zu einem neuen Feldzug, der einem noch „unwahrscheinlicheren“ Ziel diene: nämlich der totalen Kollektivierung aller agrarischen und industriellen Produktion im Rahmen zentraler „Fünfjahrpläne“ sowie der Ersetzung jeglichen freien Handels durch ein System staatlicher Versorgung und Zuteilung. Parallel dazu wurden die letzten Äußerungen kultureller Eigenständigkeit und geistiger Unabhängigkeit, von der Religion bis zur Kunst, in einer wilden „kulturrevolutionären“ Kampagne unter die Diktatur und Zensur der Partei gestellt. Eine solche Totalisierung des Anspruchs einer alleinherrschenden Partei auf die Lebensgestaltung aller ihrer Subjekte hatte es noch nie und nirgends in der Geschichte gegeben.

⁴ Wladimir I. Lenin: *Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPR (B) (an den XI. Parteitag)*, 27. März 1921, in: *Lenin Werke* 33, Berlin 1972, S. 249-309. – Die Vertreter der „Arbeiteropposition“ (Šljapnikow, Kollontai u.a.) verstiegen sich zu der Behauptung, dass von allen Klassen der Russischen Sowjetrepublik „die Arbeiterklasse die einzige Klasse ist, die ein Sträflings-, ein schmähhliches, elendes Dasein fristet“. Ihre Kritik wurde von Lenin mit der Feststellung abgefertigt, es gebe doch in den meisten Betrieben überhaupt keine Arbeiter im marxistischen Sinne mehr, sondern nur noch Leute, die sich vor dem Militärdienst drückten oder „allerlei zufällige Elemente“. Zitat siehe ebenda., S. 286.

Diese 1929 eingeleitete Politik der totalen Kollektivierung und Gleichschaltung bedeutete nichts Geringeres als einen von oben entfesselten, zweiten Bürgerkrieg, dessen sozialökonomische Folgen abermals verheerend waren. Ihr unmittelbares Ergebnis war ein über Jahre dauernder Kollaps der agrarischen Produktion durch die Vernichtung des Bauerntums und der ländlichen Welt des alten Zentralrussland sowie seiner ukrainischen, jüdischen und muslimischen Grenzgebiete; die Einebnung fast aller historisch gewachsenen gesellschaftlichen Strukturen und Arbeitsteilungen; der erneute Tod von Millionen Menschen durch Terror, Deportation, Hunger, Zwangsarbeit, Krankheit, Verzweiflung. Aber so wie es Lenin gelungen war, gerade im Chaos des ersten Bürgerkriegs einen eisern zusammengeschmiedeten neuen Machtapparat zu formen, so gelang es Stalin im blutigen Morast der Kollektivierung, einen neuen, weit überdimensionierten militärisch-industriellen Komplex und Staatsmoloch aus dem Boden zu stampfen, einschließlich der dazu nötigen, aus dem Rohmaterial der jugendlichen Nachrücker rekrutierten „neuen Menschen“ seines Typs.

Die Motive dieser gewaltsamen Neuformierung lagen vorwiegend im Inneren, weniger im Äußeren, und schon gar nicht im Aufstieg der faschistischen Mächte, wie die spätere Antifa-Legende es wollte. Mit Mussolinis Italien befand die Sowjetunion sich im besten Einvernehmen. Und die Machteroberung der Nationalsozialisten in Deutschland 1933 wurde anfangs mit bemerkenswerter Neutralität verfolgt, solange sich die „imperialistischen Widersprüche“ verschärften. Die Umstellung der von Moskau dirigierte Kommunistische Internationale 1935 auf eine Politik der antifaschistischen „Volksfront“ und „kollektiven Sicherheit“ folgte rein taktischen Erwägungen und wurde bereits Ende 1938 stillschweigend wieder revidiert. Der überfallartig abgeschlossene Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939, mit dem der Zweite Weltkrieg eröffnet wurde, traf jedenfalls weder in Moskau noch in Berlin auf Hindernisse prinzipieller Art.⁵

In einem bezeichnenden Gegensatz zu diesen kaltblütigen Schachzügen auf der Weltbühne stand der paranoide Verfolgungswahn, der den engeren Stalinschen Machtzirkel in den dreißiger Jahren infiltriert hatte und von dem berechtigten Gefühl bestimmt war, mit all ihrer totalen Macht auf sozialem Treibsand zu stehen. Die Art und Weise, wie die herrschende Partei der Bolschewiki in den Jahren des Großen Terrors von 1934 bis 1939 sich selbst und ihren alterprobten und frisch ausgebildeten, aktiven Funktionärskader, ihre Fach- und Wissenschaftseliten, ihre erfahrenen Militärs usw. zerfleischte, gehörte wieder zu den „unwahrscheinlichsten“ Seiten des Aufstiegs der UdSSR zur Weltmacht. Für ein solches Massaker in Friedenszeiten gab und gibt es keinerlei historische Präzedenz. Und es ist eine bis heute kaum zu beantwortende Frage, wie ein Staats- und Gemeinwesen einen derartigen monströsen „Blutaustausch“ seines eigenen, aktiven Personals überhaupt überleben kann – von den Millionen Toten, den sozial oder physisch vernichteten „Volksfeinden“ und „Schädlingen“ aller Kategorien noch ganz zu schweigen.

⁵ Zu der langen Kontinuität des von Lenin eröffneten strategischen Zusammenspiels zwischen bolschewistischer Revolutions- und sowjetischer Weltpolitik einerseits und den imperialen Bestrebungen des Deutschen Reichs zum Umsturz bzw. zur Revision der gegebenen Weltordnung vom Ersten bis zum Zweiten Weltkrieg siehe meine Darstellung in Gerd Koenen: *Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900-1945*, München 2005.

Zu den Opfern des Großen Terrors der späten dreißiger Jahre gehörten auch Zehntausende in die Sowjetunion emigrierter Nazigegner, spanischer Bürgerkriegskämpfer, exilierter ausländischer Parteiführer und Mitarbeiter der Internationale, kurzum: die Blüte der um das rote Moskau gescharten kommunistischen Weltbewegung. Das ergänzte sich mit einem neuartigen Massenterror gegen „feindliche Nationalitäten“ im Inneren der Sowjetunion: gegen Polen, Deutsche, Finnen, Esten, Koreaner, Griechen, Türken und so weiter – gegen alle, die ein „fremdes Vaterland“ außerhalb der Grenzen der UdSSR hatten. Das Mutterland des „proletarischen Internationalismus“, in dem es der neuen Verfassung von 1936 zufolge keine Klassen mehr gab und alle Nationalitäten gleichberechtigt waren, verwandelte sich damit in einen Hexenkessel der Xenophobie und ethnischen Säuberungen.

Aber dieser Schrecken ohne Ende war noch immer nicht der Tiefpunkt. Der kam, als sich das zynische Spiel mit Hitlers Krieg, bei dem die Rote Armee sich die östliche Hälfte Mitteleuropas kampflos (bis auf das widerborstige Finnland) als Beute einverleibt hatte, während Stalin auf eine gegenseitige Schwächung der „alten“ Westmächte und der „jungen“, faschistischen Mächte hoffte⁶, im Juni 1941 plötzlich gegen die Sowjetunion wendete. Diese monströse Fehlkalkulation des sowjetischen Führers, mit der er alle Warnungen seiner Diplomaten und Agenten und dringende Vorstellungen seines Generalstabs in den Wind schlug, führte zum katastrophalsten Zusammenbruch der Militärgeschichte. Binnen weniger Tage und Wochen verlor die hochgerüstete, offensiv aufgestellte Rote Armee das Gros ihres Materials und ihrer Truppen. Millionen Rotarmisten wanderten in eine Gefangenschaft, die sie nicht überleben sollten. Das Land lag wie in Hitlers wahnwitzigsten Fieberträumen dem deutschen Versklavungs- und Vernichtungsfeldzug offen. Erst in zweijährigen, auf Messers Schneide stehenden Winterschlachten vor Moskau, Stalingrad und Leningrad rannten die deutschen Armeen sich schließlich fest und wurden aufgerieben.

Doch in dieser Stunde der äußersten, buchstäblich existenziellen Herausforderung scharte sich das alte und neue Staatsvolk der Russen noch einmal um einen Führer, der es plötzlich mit „Brüder und Schwestern“ ansprach und statt zur Verteidigung des Sozialismus zu einem „Großen Vaterländischen Krieg“ aufrief. Unter beispiellosen Menschenverlusten trat die mit amerikanischer Hilfe neu ausgerüstete Rote Armee ab 1943 wieder den Vormarsch an, der sie im Frühjahr 1945 bis nach Berlin führen würde – während hinter den Fronten, noch mitten im Krieg, und erst recht dann nach dem Endsieg, sich bereits ein neues, ungeheuerliches Strafgericht vollzog, nicht nur an den Millionen

⁶ So erklärte Stalin dem Chef der Kommunistischen Internationale, Georgi Dimitroff, in einer Unterredung am 7. September 1939: „Der Krieg wird zwischen zwei Gruppen kapitalistischer Staaten (armen und reichen in Bezug auf Kolonien, Rohstoffe usw.) um die Aufteilung der Welt und um die Weltherrschaft geführt. Wir haben nichts dagegen, wenn sie ordentlich gegeneinander Krieg führen und sich schwächen. Es wäre nicht schlecht, wenn durch die Hand Deutschlands die Position der reichsten kapitalistischen Länder (besonders Englands) zerrüttet werden würde. Ohne es zu wissen und zu wollen, untergräbt Hitler das kapitalistische System ... Wir können manövrieren und die eine Seite gegen die andere aufhetzen, damit sie sich umso heftiger gegenseitig zerfleischen. Der Nichtangriffspakt hilft Deutschland in gewisser Weise. Bei nächster Gelegenheit muss man die andere Seite aufhetzen.“ Siehe Georgi Dimitroff: *Tagebücher 1933-1943*, hg. von Bernhard H. Bayerlein, Berlin 2000, S. 273.

Kollaborateuren, sondern an allen als unzuverlässig erklärten Völkern der Sowjetunion, die (wie etwa die Tschetschenen) mit Frauen, Kindern und Greisen unter mörderischen Bedingungen in die unwirtlichsten Gebiete des Reiches deportiert wurden. Aber auch die von den Deutschen verschleppten Zwangsarbeiter und selbst die Kriegsgefangenen, die die nationalsozialistischen Lager überlebt hatten, wanderten als verdächtige „Landesverräter“ zu Hunderttausenden weiter in die sowjetischen Lager. Alle Hoffnungen auf eine Milderung oder Demokratisierung des Regimes, die sich an die antifaschistische Kriegscoalition mit den westlichen Demokratien geheftet hatten, wurden schon vor dem Ende des Krieges radikal frustriert.

Und dennoch konnte sich Stalin 1945 im milden Lichte eines überlebensgroßen Ruhmes als Sieger des Weltkriegs und Retter des Vaterlandes sonnen. So hart am Abgrund sein Regime in den Jahren der Kollektivierung, des Großen Terrors und des militärischen Zusammenbruchs gestanden hatte, so ungefährdet konnte es sich nun in der verwüsteten Nachkriegslandschaft des abermals erweiterten Sowjetimperiums von neuem etablieren. Mehr noch: In einem absurden Akt retrospektiver Sinnstiftung erschienen die vergangenen Jahre der Kollektivierung und des Terrors vielen Menschen nach den Schrecken des Weltkrieges sogar als ein Beweis der Weitsicht des Führers, und die wiedergewonnene Weltmacht als eine Kompensation aller Leiden und Entbehrungen.

Dem entsprach seine überragende Statur auf der Weltbühne. Zu seinem 70. Geburtstag im Dezember 1949 wurde Stalin in allen Sprachen als der große Führer des Weltproletariats, als Befreier der Völker, Koryphäe aller Wissenschaften, bester Freund der Kinder, der Frauen und überhaupt aller Menschen gerühmt und besungen, so wie kein lebender Mensch vor und nach ihm. Und zu seiner Rechten stand Mao als Führer der neuen Volksrepublik China, zu seiner Linken die Führer aller neuen Volksrepubliken, die sich jetzt zu einem neuen sozialistischen Weltlager „von der Elbe bis zum Jangtse“ gruppierten.

Richtet man den Blick auf die schon erwähnte politisch-systemische Weltkarte der 1980er Jahre, die den „Weltkommunismus“ im Zenit zeigt, erschließen sich die innere Dynamik und Struktur dieser historischen Bewegung und die Triebkräfte ihrer weiteren Entfaltung noch deutlicher, sowohl geographisch wie chronologisch.

Den historischen und geographischen Kern bildete die Sowjetunion mit dem Gürtel ihrer ostmitteleuropäischen, 1955 im Warschauer Pakt zusammengefassten Satellitenstaaten. Den zweiten Schwerpunkt bildeten China sowie eine Reihe ostasiatischer Volksrepubliken: Nordkorea, das vereinte Vietnam, Laos und Kambodscha/Kampuchea. Einen dritten, äußeren, wenn man so will: südlichen Ring bildeten Kuba, das teils auf eigene Rechnung, teils im Verein mit der Sowjetunion seit den 1960er Jahren eine Art eigenen Revolutionsexport betrieb, sowie eine Reihe neuer Volksrepubliken im Nahen Osten und in Afrika, von Afghanistan und Jemen über Äthiopien bis Mozambique,  Zimbabwe und Angola. Auf dieser Weltkarte einzuzeichnen wären darüber hinaus noch Reihe lateinamerikanischer Guerillabewegungen, in Nicaragua, El Salvador, Kolumbien oder Peru, sowie maoistischer „Volksarmeen“, die in den meisten ost-, südost- und südasiatischen Ländern kämpften. Last but not least gab es in so gut wie allen Ländern der Welt mehr oder weniger starke, meist an Moskau orientierte, teils legale, teils illegale und in Bündnisse eingebundene kommunistische Parteien, die eine gewisse, oft konstruktive historische Rolle gespielt haben, von der KP Italiens, die in den 1970er Jahren die Republik gegen den Linksterrorismus und Neofaschismus verteidigt hat, bis

zur KP Südafrikas, die das stille Rückgrat des African National Congress (ANC) Nelson Mandelas war, der 1990 freigelassen wurde und 1994 die Regierung übernahm.

Chronologisch betrachtet, schlugen sich in diesem Panoramabild drei große historische Wellen kommunistischer Aufschwünge und Machteroberungen nieder. So war die nach dem Sieg im russischen Bürgerkrieg gegründete Union Sozialistischer Sowjetrepubliken (UdSSR) zum Zentrum einer Kommunistischen Internationale als einer vollkommen präzedenzlosen supra-nationalen Organisation geworden. Und obwohl die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KpdSU) als eine kommunistische „Weltpartei“ eklatant versagte, vor allem in der großen kapitalistischen Weltwirtschaftskrise 1929/30, wurde sie zur Petrischale aller später siegreichen oder sieglosen kommunistischen Parteien und aller wichtigen Führerfiguren der ersten Generation, von Ho Chi Minh über Tito bis Mao. Die Machteroberungen der faschistischen Bewegungen, namentlich Hitlers und des deutschen Nationalsozialismus 1933, und dann die Aggressionen und Okkupationen Deutschlands, Italiens, Japans zwischen 1936 und 1945 brachten die beinahe vernichteten kommunistischen Parteien von Jugoslawien bis China durch die Bildung nationaler Befreiungsfronten dann wieder in die Vorhand. So wurden, sehr pauschal gesagt, der Faschismus und der Zweite Weltkrieg zur großen, eigentlichen Trittleiter des Weltkommunismus.

Diese 1917 eröffnete historische Sequenz setzte sich ab 1947 fort in der Gründung einer Reihe neuer, von Kommunisten geführter „Volksrepubliken“, nachdem die Rote Armee bis Berlin und bis in die Mandschurei, also Nordchina, vorgerückt war. Aber die Gründung der VR China am Ende eines mehrjährigen, mit eigenen, regulären roten Armeen geführten Bürgerkriegs war dann doch ein zweites, epochales Ereignis. Und auch die Proklamation der Demokratischen Republik Vietnam durch Ho Chi Minh, der Föderativen Sozialistischen Republik Jugoslawien durch Tito, und selbst der Volksrepublik Albanien durch Enver Hoxha, waren kein bloßes Ergebnis der sowjetischen Vormärsche, sondern konnten sich jeweils auf beachtliche autochthone Kräfte stützen.

Das gilt ebenso für die dritte Welle kommunistischer Staatsgründungen, die mit der Konversion des 1959 zum „Maximo Líder“ gewordenen Nationalrevolutionärs Fidel Castro im Vorfeld der Kuba-Krise von 1962/63 zum Marxismus-Leninismus beginnt; gefolgt von der Gründung einer Reihe arabischer und afrikanischer „Volksrepubliken“, teils im Zuge des Zusammenbruchs des letzten, nämlich portugiesischen Kolonialreichs, teils in Folge der weltpolitischen Orientierung an die Macht geputschter, von kleinen KP's infiltrierter Offiziersgruppen wie in Afghanistan, im Süd-Jemen und vor allem im Vielvölkerreich Äthiopien, die sich dann allerdings nur noch mit sowjetischer Finanz- und Militärhilfe behaupten konnten.

Dieses schon stark aufgelockerte, keinesfalls monochrome Bild sehr unterschiedlicher Umstürze und Staatsgründungen, die sich über mehr als sechs Jahrzehnte hinziehen, würde sich noch einmal erheblich differenzieren, bezögen wir die Vielzahl der politisch-ideologischen Spaltungen und Schismen mit ein, die sich beispielsweise in der Gründung einer ephemeren und doch langlebigen „IV. Internationale“ der Trotzkisten niedergeschlagen hat, sowie – weit gravierender – die von handfesten nationalen oder auch imperialen Interessen und Differenzen getriebenen Konflikte zwischen den zur Macht gekommenen kommunistischen Parteien und den von ihnen begründeten Volksrepubliken.

Das beginnt 1947 mit dem Konflikt zwischen Tito und Stalin, also zwischen Jugoslawien und dem gesamten, um die Sowjetunion gescharten Block. Dazu trat in den 1960er Jahren das tiefe, fast tödliche Schisma zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China, ein Konflikt, der 1969/70 fast an den Rand eines großen, potentiell sogar atomar geführten Weltkonflikts geführt hätte. Die KP Chinas griff damals die Sowjetunion und die KPdSU als eine „revisionistische“ und „sozialimperialistische“ Macht an, die sogar noch aggressiver und reaktionärer sei als die USA – während die Sowjetunion das maoistische, in kulturevolutionären Wirren versunkene China eine „sozialfaschistische“ Macht nannte, die nur mit Hitler verglichen werden könne.

Dieses große Schisma zwischen der KPdSU und der KP Chinas hatte bereits mit Weltgeltung zu tun, sogar mit welthistorischen Suprematie-Ansprüchen. Man denke an die Unmassen wiederaufgelegter Lenin-Texte hier und von Mao-Schriften dort sowie an eine Broschürenliteratur, die von Moskau bzw. von Peking aus in allen Welt Sprachen und in astronomischen Auflagen verbreitet wurden und mittels derer die UdSSR sich als das unbesiegbare Bollwerk eines antiimperialistischen „Weltfriedenslagers“ und die VR China als die militante Speerspitze einer Front der kolonial und hegemonial unterdrückten Länder und Völker präsentierten. Just auf dem Höhepunkt dieser Konflikte, parallel zum immer noch weitertobenden Krieg der USA in Vietnam und Indochina, tauchten Präsident Nixon und der Metternich der Kalten-Kriegs-Ära, Henry Kissinger, 1972 in Peking auf und konstituierten im Zusammenspiel mit Tschou En-lai ein neues, weltpolitisches Dreieck, das den Rahmen des bisherigen „Ost-West-Gegensatzes“ oder einer kapitalistisch-sozialistischen „Systemkonkurrenz“ bereits sprengte.

Dabei lauerte der „Faschismus“ in diesen internen Kämpfen immer gleich um die Ecke. Die „Trotzkisten“ waren in den Augen der Stalinisten verkappte Faschisten, so wie umgekehrt (tendenziell) auch. Dasselbe galt für die als Agenten und Abtrünnige gebrandmarkten, verhafteten und erschossenen osteuropäischen Parteiführer, wie Rudolf Slansky 1952 in der ČSSR oder Imre Nagy in Ungarn 1956. Als 1971 der Stellvertreter Maos und Kompilator des Roten Buches, Marschall Lin Piao, nach einem angeblichen Putschversuch auf der Flucht in die Sowjetunion, mit dem Flugzeug abstürzte oder abgeschossen wurde, war er über Nacht vom treuesten Gefährten des Großen Steuer-manns zum Faschisten geworden – so wie auch Maos Witwe Tschiang Tsching mit ihrer Kamarilla, der sogenannten „Viererbande“, nach ihrem vergeblichen Griff nach der Staatsmacht 1976 sofort zu einer faschistischen Verschwörung mutierte.

Naheliegender, aber historisch nicht präziser, war es, dass in der Propaganda Moskaus und Hanois auch der Führer der „Roten Khmer“, Pol Pot, mit Hitler verglichen wurde, nachdem er sich in einer blutigen Säuberungskampagne gegen alle geheimen Kontakte mit Vietnam verdächtigen Parteikader und gegen die ethnischen Vietnamesen in Kambodscha insgesamt gewandt hatte, und gleichzeitig auch gegen alle als urban, gebildet, „verwestlicht“ und daher moralisch „korrumpiert“ geltenden städtischen Bewohner seines Landes. Das war nur die Begleitmusik zu einem fast sofort nach der Befreiung 1975 aufgebrochenen Grenzkonflikt des „Demokratischen Kampuchea“ mit dem eben erst wiedervereinten Vietnam, der sich um sehr alte Land- und Hegemonialansprüche drehte, die bis in die Zeit der mittelalterlichen Königreiche zurückreichten und teilweise Züge eines ethnischen oder Rassenkriegs annahm. Es waren die Kommunisten Vietnams, nicht die westliche Öffentlichkeit, die zuerst gegen das Regime der „Roten

Khmer“ den Vorwurf des „Genozids“ erhoben, kurz bevor ihre kampferprobten Divisionen Phnom Penh militärisch überrannten. Was wiederum dazu führte, dass die Sozialistische Republik Vietnam sich in einen Konflikt mit der Volksrepublik China verstrickte, die sich – mit stillschweigender Rückendeckung der USA – 1979/80 ermutigt und berechtigt sah, einen eigenen, äußerst blutig und brutal geführten Militärschlag gegen seinen südlichen Nachbarn zu führen, um diesem eine „Lektion“ zu erteilen und die im Dschungel weiterkämpfenden und international weiterhin als legitime Regierung anerkannten „Roten Khmer“ zu entlasten.

Kurzum, wir befinden uns hier in einer Sphäre „roter Kriege“, die keineswegs primär in rein doktrinären und systemischen Differenzen begründet waren, sondern entweder einen profanen, machtpolitischen Charakter trugen oder um sehr alte historische Titel und Ansprüche ausgetragen wurden – kaum anders als der parallel geführte, ähnlich vernichtende Krieg zwischen dem islamisch-revolutionären Iran Khomeinys und dem panarabisch-revolutionären Irak Saddam Husseins.

Ein paar allgemeine Schlussfolgerungen lassen sich aus dem bisher Gesagten ziehen. Da ist zunächst der offenkundig essentielle Zusammenhang mit den beiden Weltkriegen: Damit relativ kleine kommunistische Parteien jeweils nach der Macht greifen konnten, bedurfte es des Zusammenbruchs von Staaten und Reichen, die durch alte Eliten getragen waren sowie der durch den Krieg und die Okkupationen hervorgebrachten sozialen Destruktionen und Umwälzungen. Das war das Feld, in dem kommunistische Parteien die Vorteile ihrer ureigenen politisch-militärischen Verfassung als „Kaderparteien“ ausspielen konnten.

Gleichzeitig bedurfte es der Erschütterung der gegebenen internationalen Machtordnungen. Beide Weltkriege entstanden primär aber aus einer imperialistischen Mächtekonkurrenz, die von den Konjunkturen und Konflikten der kapitalistischen Weltwirtschaft und des kolonialen, postkolonialen oder imperialen Weltsystems zumindest nicht getrennt werden kann. Das eben verlieh dem kommunistisch codierten Antikapitalismus und Antiimperialismus eine gewisse, primäre Überzeugungskraft und ermöglichte es diesen Parteien, sich zu Gründern nationaler Befreiungs- und Unabhängigkeitsbewegung aufzuwerfen oder in das Gewand eines je nachdem taktisch adaptierten oder fallengelassenen Antifaschismus zu schlüpfen.

Diese politisch-moralischen Titel eines militanten „Antiimperialismus“ und „Antifaschismus“ konnten im Zeichen des Kalten Krieges nicht selten mit einiger Glaubwürdigkeit auch gegen die Verbündeten oder Klienten des westlichen Antikommunismus in Asien oder Lateinamerika gewendet werden, darunter vielfach Militärdiktaturen, die jedenfalls ungleich zahlreicher waren als Demokratien. Auch in den westeuropäischen Ländern fanden diese, an erster Stelle gegen die westliche Allianz gerichteten Agitationen einigen Widerhall, so wie in der westdeutschen Bundesrepublik die anfangs gesamtdeutsch, nach dem Mauerbau 1961 vor allem „antifaschistisch“ und „antimilitaristisch“ camouflierten Kampagnen aus Ostberlin auch. So verlogen die Selbstdeklarationen des fieberhaft rüstenden und hochmilitarisierten „Weltfriedenslagers“ östlich der Elbe auch waren, sie konnten gar nicht so verlogen sein, um nicht an den hegemonialen Ausbeutungsregimes, Putschpraktiken und Einmischungen der westlichen Mächte, vor allem der USA, immer noch genügend Stoff und Plausibilität zu finden. Die katastrophale Bilanz des westlichen „Antikommunismus“, insbesondere der unter diesem Signum

geführten Kriege und Interventionen, hat dem relativen Siegeszug des „kommunistischen Weltlagers“ vermutlich eher den Weg bereitet als verstellt.

Wo, könnte man fragen, sind in diesem Bild eigentlich die „Klassenkämpfe“ der Arbeiterklasse, des Proletariats? In den Anfängen der russischen Revolutionen der Jahre 1905 und 1917 waren die konzentrierten und organisierten Arbeiterschaften sehr präsent und ein realer Akteur gewesen. Nicht nur die beiden Hauptstädte Petersburg (Petrograd) und Moskau wurden von Streiks der Großbetriebe und von Massendemonstrationen sehr proletarischen Gepräges buchstäblich überschwemmt, in Formen (etwa der Sowjets, der Räte) und mit einem Pathos, wie man das bis dahin nirgendwo auf der Welt gesehen hatte. Und auch der bolschewistische Machtstreich im Oktober-November konnte sich außer auf Teile der Garnison und der Flotte immerhin auch auf einen Block von Arbeiterkomitees und Roten Garden der Großbetriebe stützen, in denen bolschewistische Agitatoren und Organisatoren die Führung übernommen hatten. Am Ende des mehrjährigen Bürgerkriegs aber war die ganze, seit dem Beginn des Jahrhunderts in einzigartiger Weise sozialistisch inspirierte russische Arbeiterbewegung fast vollkommen zerschlagen, zerstreut, gefallen oder in den neuen, bürokratisierten Machtapparat aufgesogen.

Im Westen blieben Kommunisten in den Arbeiterbewegungen im Verhältnis zur Sozialdemokratie oder auch christlichen Parteien und Organisationen in der Regel deutlich minoritär. Zwar verfügten diese Parteien, allen voran die KPD, in den 1920er Jahren über paramilitärische Formationen mit proletarischem Gepräge; zu einem übergroßen Teil rekrutierten sie sich allerdings aus den Reihen der Arbeitslosen, unterstützt von einem relativ starken intellektuellen und künstlerischen Element, das in der Kultur der Weimarer Republik wie anderer westlicher Länder einige Prominenz besaß. Aufs Ganze gesehen markierte gerade die kapitalistische Weltwirtschaftskrise 1929/30 aber den Tiefpunkt der kommunistischen Parteibewegungen im Westen, und gerade auch ihrer zähen Bemühungen, in den industriellen Arbeiterschaften tiefer Fuß zu fassen.

Auch in China gab es in den 1920er Jahren erste, virulente proletarische Klassenbewegungen. Aber sie waren untrennbar vermischt mit den aus der „4.-Mai-Bewegung“ von 1919 hervorgegangenen nationalrevolutionären Bestrebungen, die sich vor allem gegen die Versailler Mächte und das von ihnen begünstigte Japan, das sich in China festzusetzen begann, richteten. Der Versuch der 1921 auf Initiative der Kommunistischen Internationale gegründeten Kommunistischen Partei Chinas, sich halb im Bündnis und halb in Konkurrenz mit der nationalistischen Kuomintang in den großstädtischen Bevölkerungen und besonders den jungen industriellen Arbeiterschaften zu verankern, erwies sich als ein heroischer Fehlschlag, der in den Massakern von Kanton und Shanghai 1927 endete.

Stattdessen kam, großteils gegen den Widerstand der Komintern-Zentrale in Moskau, die von Mao verfolgte, eher agrarrevolutionär ausgerichtete Linie in die Vorderhand, bei der die Partei selbst sich in eine marschierende „Rote Arbeiter- und Bauernarmee“ verwandelte. Als der knapp dreißigjährige „Kulakensohn“ und Bibliothekar Mao Tsetung 1921 an der von 13 Personen, durchwegs Intellektuellen, getragenen Gründung einer KP Chinas teilnahm, hatte er vom Marxismus, aber auch vom bolschewistischen Schrifttum so gut wie keine Ahnung. Außer ein paar Auszügen des Manifests und ein paar älteren Schriften von Karl Kautsky, der in Moskau freilich zu dieser Zeit schon als der schlimmste aller Renegaten verschrien war, gab es auch so gut wie kein marxistisches Schrifttum in chinesischer Übersetzung. Dagegen gab es in Russland zu dieser Zeit

bereits eine mehr als 40-jährige Tradition marxistischer Theoriediskussionen, eine mehr als 20-jährige Tradition sozialistischer Zirkel und Parteigründungen sowie eine virulente revolutionäre Tradition, die erhebliche Teile der städtischen, partiell auch der ländlichen Bevölkerungen erfassten. Nichts davon findet sich in China, das im 20. Jahrhundert nach und neben Russland den anderen großen Fall einer kommunistischen Machtergreifung darstellen sollte.

Es hatte insofern seine Logik, wenn die Bolschewiki zuerst in den Hauptstädten und anderen städtischen Zentren Russlands die Macht eroberten und von dort aus das Gros des alten Reiches in einer Serie kurzer, konzentrierter Feldzüge neu zusammenfügten. Die Grundbewegung der chinesischen Revolution war dagegen exakt umgekehrt: eine über zwei Jahrzehnte sich erstreckende, langsame militärische Einkreisung der Städte vom Land aus. Und während der bolschewistische Machtstreich einen fünfjährigen, verheerenden Bürgerkrieg erst entfesselte, beendete der Einmarsch der Truppen Maos in die Hauptstädte einen fast dreißigjährigen, womöglich noch verheerenderen Bürgerkrieg zwischen allen möglichen Parteien, Warlords usw., der auch von ausländischen Mächten genährt worden war.

Daraus ergibt sich bis heute die demokratisch zweifelhafte, aber politisch tragfähige Legitimität der chinesischen Kommunisten – als Rettern und Wiederaufrichtern Chinas nach einer mehr als hundertjährigen Abwärtsbewegung. Tatsächlich stellte Mao die Gründung der Volksrepublik ganz explizit in die Kontinuität der chinesischen Reichsgeschichte, wenn er etwa sagte:

Die Chinesen sind von jeher eine große, mutige und arbeitsame Nation; erst in der neueren Zeit sind sie zurückgeblieben. Diese Rückständigkeit ist einzig und allein auf die Unterdrückung und Ausbeutung durch den ausländischen Imperialismus und durch die einheimischen reaktionären Regimes zurückzuführen. Seit mehr als einem Jahrhundert haben unsere Vorgänger unbeugsam gegen die in- und ausländischen Unterdrücker gekämpft und niemals damit aufgehört [...] Unsere Nation wird niemals mehr eine Nation sein, die sich beleidigen und demütigen lässt.⁷

Das sind stolze und insoweit verständliche Worte – aber in Kategorien einer nationalen Wiedergeburt, weniger in Kategorien sozialer Emanzipation und Gerechtigkeit. Nicht das Proletariat war „aufgestanden“, sondern China.

Welchen Reim kann man sich auf diese ganze Geschichte des Kommunismus im 20. Jahrhundert machen – die damals, 1949, erst wie im Cinemascope-Format zum globalen Drama einer scheinbar zwischen Kapitalismus und Sozialismus „geteilten Welt“ wurde? Das kann hier natürlich allenfalls angedeutet werden.

Um „Klassenkämpfe“ im Sinne eines unversöhnlichen Konflikts zwischen Arbeit und Kapital ging es jedenfalls am allerwenigsten – Kämpfe, die es in der Realität dieses Zeitalters kapitalistischer Weltkrisen überreichlich gab, aber die für den Aufstieg des Kommunismus als Weltbewegung kaum eine Rolle gespielt haben.

⁷ Mao Tse-tung: *Das chinesische Volk ist aufgestanden!*, in: Mao Tse-tung: *Ausgewählte Werke*, Bd. V, Peking 1978, S. 13.

Noch weniger ging es um die überragende Anziehungskraft einer kommunistischen „Idee“ als einem Gesellschaftsideal, das nach 1989 abrupt verschwand – was für sich genommen schon bezeichnend ist. Denn wie kann ein Ideologie- und Theorie-System, dem nicht nur die Kommunisten selbst, sondern auch ihre entschiedensten Gegner und Kritiker eine so überragende Bedeutung zugewiesen haben, seine Überzeugungskraft so sang- und klanglos einbüßen? In Wirklichkeit ließ das Vokabular des Marxismus-Leninismus sich gerade im Ausgangsland des modernen Weltkommunismus, in Russland, relativ mühelos durch ein völkisch-nationalreligiöses und neo-imperiales Narrativ ersetzen, dessen Elemente unter der Decke alle schon vorhanden waren, mindestens seit der späten Stalin-Ära.

Offensichtlich war es beim Aufstieg kommunistischer Parteien zur Macht von Anfang an eben um viel profanere, handfestere Dinge als um irgendwelche luftigen Sozialideale oder Utopien gegangen. Eher ging es um alte, gestürzte Reiche wie Russland oder China, die von Kommunisten mit den Mitteln einer rigorosen, diktatorischen Mobilisierung aller Kräfte und Ressourcen wiederaufgerichtet wurden; oder um neue Nationalstaaten, die sich durch von Kommunisten organisierte „Volkskriege“ von ihren jeweiligen (kolonialen oder hegemonialen) Oberherren befreit, ihre Staatsgebiete arrondiert und eigene, staatsmonopolitische Sozial- und Wirtschaftssysteme errichtet haben.

Alle kommunistischen Regime sind aus Kriegen, vor allem aus den beiden Weltkriegen heraus entstanden und haben in Bürgerkriegen gegen einheimische Kräfte gesiegt, die sie in erster Linie (zu Recht oder Unrecht) als „Handlanger des Imperialismus“ oder als „faschistische Kollaborateure“ brandmarken konnten. In diesen Kriegen und Bürgerkriegen fanden die Kommunisten ihre eigentlichen legitimen Titel und Glaubwürdigkeiten, und solange der globale Spannungszustand anhielt, blieben ihre Regimes trotz aller sozialökonomischen Schwächen „im Felde unbesiegt“. Geblieben ist, mit oder ohne Ideologiewechsel, die hardware ihrer alles erfassenden Machtssysteme, die in einer aus den Fugen geratenen Welt jetzt schon wieder beängstigend modern wirken.